Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preußischen Monarchie 1 Thlr. 1¼ sgr.

Expedition: Krautmarkt № 1053

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 34. Freitag, den 9. Februar 1849.

Deutschland.

Wahlen für die zweite Kammer.
(Fortsetzung.)

Provinz Preußen.

Stadt und Landkreis Danzig: Justizrath Grodbeck mit 329 Stimmen von 518 Stimmen, Hofgutsbesitzer Stürcke aus Praust mit 346 Stimmen und Justiz-Kommissarius Martens (gegenwärtig Mitglied der Reichs-Versammlung in Frankfurt) mit 325 Stimmen, sämmtlich konservativ.

Stadt Königsberg: Dr. Kosch Centrum, Dr. Rupp, Linke.

Königsberger Landkreis mit Fischhausen: Graf Dohna-Wesselshöfen, Gutsbes. Lieut. Krause, beide rechts.

Pr. Stargardt und Berent: Kanonicus Richter, links, Gutsbes. von Jatzkowsky, linkes Centrum.

Thorn-Kulm: Probst Bortuszkewicz, links, Kaufmann Weese, constitutionell.

Die 120 deutschen constitutionellen Wahlmänner blieben in der Minorität gegen die vereinigten Polen (120) und deutschen Demokraten (50).

Elbing und Marienburg: Deichgräf Bethke, rechts, Buchdruckereibesitzer Wernich, rechts.

Schwetz und Konitz: Ober-Regierungsrath Osterrath aus Danzig, Oberförster Bock, beide rechts.

Die Partei der Liga polska, die den früheren Abgeordneten v. Pokrzywnicki aufstellte, unterlag.

Provinz Pommern.

Wahlkreis Stolp-Lauenburg-Bütow-Rummelsburg: Assessor Bucher, Bürgermeister Plate aus Leba, Chirurgus Bauer von Stolp, demokratisch.

Kreis Belgard, Schivelbein, Neustettin und Dramburg: Landrath von Kleist, Friedrich Harkort, Gutsbesitzer Stettin, sämmtlich konservativ.

Cammin und Greiffenberg: Hauptm. a. D. Heintze, Landschaftsrath v. Plötz, rechts.

Die Wahlen in Pommern sind jetzt sämmtlich mitgetheilt. Das Ergebniß ist: von 25 Abgeordneten gehören 18 der Rechten und 7 der Opposition an.

Provinz Posen.

Kreis Chodziesen-Czarnikau-Wongrowitz-Gnesen: Gutsbesitzer Schinstorf; Landgerichts-Direktor Geßler; Pfarrer Wehmer; konstitutionell.

Samter und ein Theil des Buker und Gosner Kreises: Graf von Cieczkowski, Professor Cybulski, beide links.

Pleschen: v. Lipski, v. Lisiecki, beide links, v. Czeszewski (?).

Provinz Brandenburg.

In Sorau: Stadtverordneten-Vorsteher Leonhard, konservativ, und Fabrikant Jeschke in Forste, demokratisch.

Provinz Schlesien.

Im Rothenburger Kreise: Medizinal-Rath Dr. Fick aus Rothenburg und Kammergerichts-Assessor Arnold aus Hoyerswerda, beide demokratisch.

Im Löwenberger Kreise: Landrath Graf Poninsky, Kaufmann Schöpplenberg aus Greiffenberg, beide konstitutionell.

Im Görlitzer Kreise: Oberlehrer Hinzl und Bürgermeister Matthaei, demokratisch.

Kreis Grüneberg: Schulze Krug in Dammerow, konstitutionell, Pastor Schöne, demokratisch.

Kreis Münsterberg, Frankenstein, Nimptsch: Polizeischolz Ebel und Kandidat Pape, beide demokratisch, ehemalige Mitglieder der National-Versammlung.

Kreis Gr. Strehlitz-Lublinitz: Graf Renard und Ober-Amtmann Schwartz, konstitutionell.

Kreis Oppeln-Falkenberg: Schulrath Bogadin, konstitutinell.

Kreis Oels: Rektor Mätze in Bernstadt, Pastor Töbe und Rektor Horn, demokratisch.

Im Regierungs-Bezirk Breslau sind außerdem noch gewählt: Fürst von Hatzfeld, Müllermeister Jwand, Dr. Wollheim, Gerichtsscholz Mätschke.

Kreutzburg, Rosenburg und ein Theil von Oppeln: Landrath Sack in R., rechts, Bauer Gorzolka, linkes Centrum.

Guhrau, Wohlau und Steinau: Dr. Wollheim, Gutsbes. Metschke, beide links.

Glatz: Stadtrichter Wenzel aus Mittelwalde, Lieutenant Neumann, Bauerschulze Marke, alle drei links.

Kreis Brieg, Ohlau, Strehlen: Stadtgerichts-Rath Müller aus Brieg, Lehrer Zimbal aus Ohlau, Justiz-Kommis. Dierschke a. Jauer, alle drei demokratisch.

Kreis Reichenbach und Waldenburg: Bauergutsbes. Langer aus Hennersdorf, konstitutionell, Realschullehrer Dr. Bensch aus Breslau, demokratisch, Kaufm. Andretzky, konstitutionell.

Kreis Trebnitz und Militsch: Fürst Hatzfeld aus Trachenberg, konstitutionell, Müllermeister Jwand, demokratisch.

Kreis Gleiwitz und Beuthen: Pfarrer Schaffraneck aus Beuthen, Ober-Bergrath Erbreich in Brieg, Mühlenbesitzer Kachel in Baguschitz bei Tost, sämmtlich konstitutionell.

Provinz Westphalen.

Borken und Becklinghausen: Justizkommissar Gierse, links. Gerichtsdirektor Evelt aus Dorsten.

Rheinprovinz.

In Düren, Kaplan v. Berg, demokratisch.

Landkreis Köln: Pfarrer Elkemann aus Dormagen, konstitutionell.

Kreis Mülheim am Rhein: Gutsbesitzer Aldenhoven in Zons, konstitutionell.

Bonn: Professor Kinkel, links. Hüttenbesitzer Becker, links. Staatsprokurator Schornbaum in Koblenz, links.

Gladbach und Grevenbroich: Dr. med. Bähren, Friedensrichter Broich, beide links.

Kreise Krefeld, Kempen, Neuß: Gutsbesitzer Aldenhoven in Zons, Pfarrer Schmitz, beide konstit. Friedensrichter Grebel, demokrat.

Kreise Schleiden, Malmedy und Montjoie: Landgerichtsrath Blömer zu Aachen. Staatsprokurator Friessen in Malmedy.

Kreise Bergheim, Euskirchen und Rheinbach: Friedensrichter Körffgen in Kempen und Ober-Revisionsrath Esser in Berlin, beide demokrat.

Kreise Waldbroel, Gummersbach, Wipperfurth: Justitiar Dr. von Seckendorf. Landrath Wiethaus.

Kreis Lennep, Solingen: Friedensrichter Pelzer zu Remscheid, Kaufmann Johanny zu Hückeswagen, Kaufmann Ferd. Thiel zu Burtscheid.

Aachen: Staatsprokurator Schornbaum, links, Kaplan von Berg, links, Landgerichtsrath de Syo. (?)

Bei der ersten Abstimmung der ersten Wahl erreichte Niemand die absolute Majorität von 256; Kühlwetter erhielt 253, Schornbaum 248 St. Bei der Nachmittags vorgenommenen engeren Wahl siegte Schornbaum mit 252 Stimmen, während Kühlwetter 247 erhielt.

Düren: Kaplan v. Berg, links, Rentner Moedersheim. (?)

Kreise Koblenz u. St. Goar: Friedensrichter Grebel in St. Goar, Gutsbesitzer Raffauf zu Wolken.

Kreise Simmern und Kreuznach: Steuer-Empfänger Dötsch zu Münster bei Bingen; Friedensrichter Sames zu Kirchberg.

Kreise Mayen und Ahrweiler: Dr. d'Ester aus Köln; Gutsbesitzer Zunderer aus Kleburg.

In Trier: Landgerichts-Assessor Otto; Professor Simon (Vater des Abgeordneten in Frankfurt), beide Demokraten.

Im Ganzen sind uns bis jetzt 265 Wahlen bekannt. Die Parteistellung der Abgeordneten ist indeß nicht genau ersichtlich, da namentlich bei den rheinischen die Angabe ihrer Parteifarbe fehlt. Nach den vorstehenden Angaben scheinen 143 konservativen Abgeordneten 106 Radikale gegenüber zu stehn; die Parteistellung von 16 ist zweifelhaft. (D. Ref.)

Stettin. Einen Streit der „Deutschen Reform" mit der „National-Zeitung" wollen wir auch unsern Lesern mittheilen, da die Ansicht der Reform mit der unsrigen übereinstimmt. Die „Deutsche Reform" schreibt unter **Berlin**, vom 7. Februar, Folgendes:

Die National-Zeitung tritt in ihrer Zeitungsschau gegen uns auf, weil wir von den Kammern verlangen, sie sollen die Verfassung vom 5. Dezember als rechtsgültig anerkennen; nach ihrer Ansicht besteht die Verfassung nur als „Thatsache", sie zum Rechte stempeln, hieße die Idee des Rechtes vernichten, wenigstens die Rechtsbegriffe im Volke gründlich verwirren. „Die entgegengesetzte Ansicht beruht", nach der National-Zeitung, „auf veralteten, elenden, unsittlichen Vorurtheilen, welche die Zeit geächtet hat." — Es ist jedoch nothwendig, die Sophistereien und Wortklaubereien, mit denen man diese Frage zur Täuschung des Volks umgeben hat, zu beleuchten. Wir wollen nun unseren konstitutionellen Rechtsboden von der Thatsache des 5. Dezember datiren. Deshalb verlangen wir von den Kammern, die unter diesem Tage proklamirte Verfassung als rechtsgültig

anzuerkennen; nicht weil die physische Gewalt jene Thatsache dem Lande aufgezwungen, sondern weil die höhere moralische Gewalt die Krone dazu nöthigte und das Land trieb, sie zu acceptiren. Eine Vertretung die dem Geiste des Volks zuwider und seiner Intelligenz unwürdig war, trieb ein schnödes, frevelhaftes Spiel mit der konstitutionellen Monarchie und drängte die über ihre Gefahren getäuschte Gesellschaft dem furchtbarsten sozialen Umsturz zu. Das Volk mußte errettet werden, die Krone warf sich muthig in die Schanze und vollbrachte die in Wahrheit „rettende That.“ Wir fordern nun die Kammern auf, die Verfassung zum Ausgangspunkt ihrer Wirksamkeit zu nehmen, und nicht, indem sie dieselbe nur als Vorlage und sich als konstituirend betrachten, den frühern unheilvollen Antagonismus zu erzeugen, der das Land zu Grunde richten würde. Das nennt die National-Zeitung ein elendes, veraltetes, unsittliches, von der Zeit geächtetes Vorurtheil. Wir nehmen vor dem Volke und der öffentlichen Meinung die Verantwortlichkeit auf uns, dieses sogenannte Vorurtheil zu hegen. Die National-Zeitung würde es nicht als ein solches Vorurtheil betrachten, eine Thatsache als rechtsgültig anzunehmen, die gleich dem 24. Februar in Paris die konstitutionelle Monarchie umstürzte, sie weigert sich dessen aber gegenüber dem 5. Dezember, der die konstitutionelle Monarchie rettete. Der Grund davon ist, weil die National-Zeitung, obwohl sie sich konstitutionell nennt, und sich vielleicht selbst dafür halten mag, doch ihrer Richtung nach ein republikanisches Blatt ist. Die National-Zeitung gehört allerdings zu der Zahl derer, welche erklären, konstitutionell zu sein, weil bei uns die konstitutionelle Monarchie die einzig mögliche Staatsform sei. Diese Erklärung ist jedoch doppelsinnig und läßt eine zwiefache Auslegung zu. Man kann die konstitutionelle Monarchie für die einzig mögliche Staatsform für uns halten, weil man überzeugt ist, daß durch sie nur allein eine vom Gesetz geschützte Freiheit unserm Volke gewährt werden könne, daß der Fall des Königthums uns in den Abgrund sozialer Anarchie stürzen müsse. Wer dieser Ueberzeugung ist, wird sich auf die Seite des konstitutionellen Königthums gegen die extremen Parteien stellen, die auf seinen Untergang und die völlige Umwälzung der Gesellschaft hinarbeiten. Er wird aus allen Kräften die Krone gegen sie vertheidigen. Man kann aber auch, wenn man die konstitutionelle Monarchie für die einzig mögliche Staatsform erklärt, darunter verstehen, es sei für jetzt nicht möglich, sie umzustürzen, weil der Volksgeist bei uns noch zu monarchisch sei, man meint eben unter dem Wort „möglich“ nur die äußere Möglichkeit, und gesellt sich nur aus Rücksichten politischer Klugheit voreiligen Versuchen, die Monarchie zu stürzen nicht bei, weil man nicht an ihr Gelingen glaubt. Wer diese Politik befolgt, wird dem Volke die Institutionen als wahrhaft demokratisch-konstitutionell mundgerecht machen, die in ihren Konsequenzen das Königthum vernichten, er wird sich mit den Parteien, welche offen auf seinen Sturz ausgehen, in Verbindung setzen. Dies ist die Politik der National-Zeitung.

Berlin, 6. Februar. Die Hauptstadt Preußens hat sich gestern ihr politisches Todes-Urtheil gesprochen. Die Bewohner Berlins haben das Wohl des Vaterlandes ihrer politischen Gereiztheit zum Opfer gebracht. Vielleicht haben sie auch nur einen Witz machen und den General Wrangel, das geheime Obertribunal, das Oberlandesgericht zu Münster und wer weiß wen sonst noch ärgern wollen. Ganz recht so! schlägst du meinen Juden, schlag' ich deinen; was kümmert's uns, ob indeß die Pferde mit dem Wagen davonlaufen und am nächsten Abhang zerschellen? Was kümmert's die Berliner, ob der Preußische Staat besteht oder untergeht? Wenn sie nur den Wrangel, der sie aus dem paradiesischen Zustande der Anarchie, aus der glücklichen Bummler-Tyrannei herausgerissen hat, der durch seinen Belagerungszustand Handel und Wandel wieder etwas gehoben hat, ärgern können. (Schl. Z.)

— In **Pommern** sind die Wahlen fast überall in einem Geiste der Liebe und Treue und zugleich der vernünftigen Freisinnigkeit ausgeführt worden, welches den wackern Bewohnern dieser Provinz zur höchsten Ehre gereicht. An vielen Orten war der Wahlakt eine Handlung der wärmsten vaterländischen Erhebung. So berichtet ein Privatschreiben über die Wahlen von Naugardt und Rügenwalde: Nachdem unsre Wahlen beendigt waren (Landrath von Hagen-Premslaw, und Herr von Dewitz-Wussow) brachte der Landrath von Bismark dem Könige ein Hoch, in welches alle Wahlmänner aus freudigster Brust einstimmten, und gleich darauf erschallte das Lied „Heil Dir im Siegerkranz.“ Als es beendet war trat ein wackerer Colonist, Tank, hervor, und sprach in einem Tone der Herzlichkeit, der Jeden ergreifen mußte: Wir sind alle Christen, so laßt uns denn auch singen „Nun danket alle Gott“, und der fromme Gesang ertönte. Kein Auge blieb trocken. — Nachmittags hielt die Bürgerwehr einen Umzug, dem sich alle Wahlmänner anschlossen. Gutsbesitzer, Bauern, Bürger, Tagelöhner, Alles ging Arm in Arm. Die Musik spielte die Lieder: „Heil dir im Siegerkranz“ und „Ich bin ein Preuße.“ Zum Schluß brachte die Bürgerwehr den Wahlmännern ein Lebehoch. — Würde in allen Kreisen unsers Vaterlandes der Wahlakt auf solche Art, in solchem ächt sittlichen und vaterländischen Sinne begangen, der mehr wahrhafte Freiheit entwickelt, als alle jene modernen herzlosen Dogmen in sich fassen, wie glücklich stände es dann um unsere Zukunft! Wie sicher, wie stolz, wie freudig könnten wir jeder Schickung entgegengehen! — (B. Z.)

— Unter den Gesetzentwürfen, welche die Regierung den Kammern vorlegen wird, befindet sich bekanntlich auch ein Gesetzentwurf wegen Einführung einer Einkommensteuer. Wir erfahren, daß diese Steuer von einem Einkommen, welches 300 Thlr. beträgt, erhoben werden soll, und zwar unter Procentansätzen, die von 3 bis zu 5 vom Hundert steigen. Mit 1000 Thlr. Einkommen beginnt der Satz von 3½ Proc., mit 10,000 Thlr. der höchste Satz von 5 Proc. Bei einem Einkommen von weniger als 300 Thlr. wird die Klassensteuer beibehalten oder eingeführt werden; in größern Städten jedoch (über 300,000 Einwohner), wo die Erhebung der Klassensteuer bei den unvermögenden Klassen besondere Schwierigkeiten machen würde, soll neben der Einkommensteuer auch eine, wenngleich niedrige, Verbrauchssteuer bestehen bleiben: so daß also die vermögenderen Klassen beide Steuern (wovon aber die eine sehr gering ist), der ärmeren Klassen nur die letztere geringere Verbrauchssteuer zu zahlen hätten. Die Erleichterung, welche hierdurch den nothleidenden Klassen gewährt wird, muß den wohlhabenderen Klassen ein Antrieb sein, die auf sie fallende höhere Steuer mit frohem Willen zu tragen. Wir sehen in dieser Bestimmung eine Anbahnung zur Lösung der sozialen Frage. Ein zweiter Gesetzentwurf, welcher den Kammern vorgelegt werden wird, betrifft die Aufhebung der Grundsteuerbefreiung, und zwar hat die Regierung die Absicht, hierbei dem unter dem Ministerium Camphausen der Nationalversammlung vorgelegten Entwurfe, welcher die Bülow-Cummerow'sche Partei so sehr in Harnisch brachte, stehen zu bleiben. Ein dritter Gesetzentwurf bezweckt die Herbeiführung einer gleichmäßigen Grundsteuervertheilung. Es sollen zu diesem Ende ganz nach der Art, wie es in der Rheinprovinz der Fall ist, die östlichen Provinzen vermessen und die Grundstücke in einem Kataster verzeichnet werden. Auf diese genauen Ermittelungen wird dann die Vertheilung der Steuersätze erfolgen. Diese Vorlage ist neu. Die Wichtigkeit von allen drei erwähnten Vorlagen braucht nicht weiter hervorgehoben zu werden. (D. Z.)

Cottbus, 5. Febr. In dem heutigen Wahlkampf hat die königlich gesinnte Partei einen entscheidenden Sieg davon getragen. Ihre Candidaten, Herr Geh. Regierungsrath v. Werdeck auf Schorbus und Herr Bürgermeister Pöschke zu Spremberg, sind mit sehr überwiegender Mehrheit zu Deputirten gewählt worden. Die Candidaten der Gegenpartei waren der Apotheker Anwandter aus Calau, Assessor Mann zu Peitz und Assessor Jung aus Berlin. Sie hielten Tages vorher, unter Leitung des Dr. Biltze (ein böses Omen), in Lossow's Hotel zwei Volksversammlungen, in denen sie nicht nur eine energische Opposition fanden, sondern sich durch ihre Redner selbst am Meisten schadeten. Herrn Apotheker Anwandter's Invectionen gegen die Diener der Kirche, deren nicht wenige Wahlmänner waren, konnten ihm so wenig Theilnehmer gewinnen, als die Versprechungen, welche er den Fabrikarbeitern machte, die er von dem Druck der Fabrikherrn durch Associationen mit Fonds und Staatskapitalien zu erlösen verhieß, ein communistischer Unsinn, den unsere verständigen und mit ihren Arbeitgebern in Eintracht lebenden Arbeiter leicht durchschauten. Herr Assessor Mann fand mit der von ihm in Aussicht gestellten Vernichtung der Aristokratie und Bureaukratie keine andere als die von seinen Peitzer Hülfstruppen mitgebrachten Sympathieen und Applause; Herr Assessor Jung, welcher die Freiheit der National-Versammlung am 31. Oktober v. J. beweisen wollte, konnte sich nicht überwinden, die Gefahr, gegen die er den damaligen Ministerpräsidenten unter seine Flügel genommen, recht groß darzustellen, und bewies also das Gegentheil. Ein Glück für ihn, daß er sich so völlig lächerlich machte, daß auch kein Zorn gegen ihn aufkommen konnte. So war seine Niederlage denn ohne schädliche Folgen für ihn — Möchte die Demokratie aller Orten so viel Ruhm einernten und solche Erfolge erringen. (N.P.Z.)

Köln, 5. Februar, Mittags. Die Wahlmänner zur zweiten Kammer traten um 9 Uhr in dem Sitzungssaale unseres Gemeinderathes zusammen. Drei Reklamationen gegen Urwahlen erledigten sich dadurch, daß die letzteren genehmigt wurden. Sofort aber wurde von Seiten des Lieutenants außer Dienst Anneke Einspruch gegen die Wahl von fünf Offizieren erhoben. Diese Offiziere waren für die Wahl in die Kasernen kommandirt worden, da doch das Wahlreglement besagt, daß jeder nur in dem Wahlbezirk stimmberechtigt sei, in welchem er sechs Monate seinen Wohnsitz gehabt habe. Allerdings ist dieser Grund sehr beachtenswerth, allein man muß sich entschieden dagegen erklären, daß derartige Einsprüche erst mündlich in dem Wahlakte selbst erhoben werden; indeß gestattete einmal der Wahl-Kommissarius, Ober-Bürgermeister Gräff, über diesen Einspruch eine unerquickliche Debatte von drei Stunden. Eine große Zahl der Anwesenden enthielt sich der Abstimmung über die Güligkeit der Wahl und protestirte gegen die ganze Verhandlung. Der Schluß war, daß die Wahl der fünf Offiziere verworfen wurde und die Wahlmänner um 1 Uhr auseinander gingen, ohne daß die Wahl selbst nur begonnen hatte. Um 2 Uhr werden sich dieselben wieder versammeln. (Köln. Ztg.)

— 6. Februar. Gleich heute schon wurde im Parole-Befehle dem Militair mitgetheilt, daß der zweite Kommandant, Oberst Engels, Protest einlegen werde gegen die von den Wahlmännern für ungültig erklärten Wahlen der 5 Offiziere, wodurch also für Köln eine ganz neue Wahl nöthig würde. Diese Sache giebt überhaupt zu vielem Gerede Veranlassung und der allwissenden demokratischen Partei die Gewißheit, daß überhaupt beim Militair die Wahlen auf Kommando betrieben worden seien. Wir wollen hoffen, daß der bei allen gutgesinnten Bürgern Köln's beliebte Kommandant seine deshalb erlassenen Verfügungen wird rechtfertigen können. — Noch muß ich Ihnen einen empörenden Akt mittheilen, den das souveraine Proletariat gestern Abend ausübte. Als nämlich H. von Wittgenstein sah, daß für ihn keine Hoffnung mehr vorhanden, in der 2ten Wahl gegen Advokat-Anwalt Schneider II. durchzukommen, verließ er den Saal und mußte leider durch die draußen auf das Ergebniß der Wahlen harrende Volksmenge. Hier empfing ihn denn die Hefe des Volkes (leider nahmen auch Leute von Bildung an dem Geheul Antheil) der Art, daß Einem Hören und Sehen verging, verfolgte den um das Wohl der Stadt seit 30 Jahren hochverdienten Mann durch mehrere Straßen, bis er sich genöthigt sah, in der auf dem Heumarkte befindlichen Hauptwache Schutz zu suchen, wo die Soldaten die wilde Rotte durch Bajonette auseinandertrieb. (D. Z.)

Frankfurt, 5. Februar. Nach den Anzeichen zu urtheilen, von welchen der erste Anlauf zur Erledigung der Posener Frage in der heutigen Sitzung begleitet war, wird die Annahme des Ausschuß-Antrages ohne große Schwierigkeiten und mit ziemlicher Majorität angenommen erfolgen. Die Liste der bis heute eingetragenen Redner stellt keinen heftigen parlamentarischen Kampf in Aussicht; es sind Gegner des Berichts eingezeichnet, die nach eigener Erfahrung der Linken wenig zu leisten vermögen, wenn sie nicht die Sache, als deren Vertheidiger sie auftreten, geradezu verderben. Auch ist man in den Parteiversammlungen über den Ausfall im allgemeinen schon ziemlich einig, so daß die heute beschlossene Vertagung mehr als eine Koncession zu betrachten ist, die der gewissenhafte Präsident der voraussichtlichen Minorität und ihrer Berufung auf das formelle Recht glaubte machen zu müssen. Vielleicht wird dann schon morgen, in einer verlängerten Sitzung, die ganze Frage zur Entscheidung gebracht

Offenbar hatte heute die Linke den Eintritt Temme's zu einer Demonstration benutzen wollen. Gleich die erste Erwähnung seines Zutritts wurde mit Jubel aufgenommen, und als vollends H. Simon von Breslau den Mann der „Volksmänner“ in einer wohl abgepaßten Pause einführte und mit demselben seinem Sitze auf den Bänken der Linken zuschritt, wo auch dieser an seiner Seite Platz nahm, verdoppelte sich der frühere Applaus, in den nicht allein der Sache, sondern auch der körperlichen Richtung und den Gesten nach eine Art von Provokation an das Centrum und die Rechte gelegt wurde. Wir haben es lebhaft bedauert, daß die Mehrheit

nicht jenen würdevollen Ernst einer stummen Zurückweisung, der auf dem ruhigen Antlitz und in der ganzen Haltung des anwesenden Ministerpräsidenten v. Gagern lag, entgegenzusetzen verstand. Das Ruhegebieten und Lachen im Centrum und auf der Rechten gab der Linken neuen Anlaß zum Beifallgetöse, so daß die Glocke des Vorsitzenden endlich Einhalt thun mußte und ein triumphirendes Lächeln noch längere Zeit die Mundwinkel der wieder um ein „theueres Haupt“ Bereicherten umspielen durfte. Weiter ging man auf dieser Seite bei der Präsidentenwahl; der neu Hinzugekommene erhielt schon 7 Stimmen als Kandidat für den Platz des ersten Vicepräsidenten; vielleicht macht die Linke das nächstemal mehr vergebliche Anstrengungen, ihn durchzubringen.

Die heutige Wahl bezeichnete aber auch einen tiefen Riß der auf unnatürlichen Grundlagen beruhenden Koalition; man war gegen Simson aus reinem oder besser gesagt unreinem Preußenhaß, und vermochte sich doch nicht über einen Kandidaten zu einigen, nachdem H. Simon es verschmäht hatte, sich als Preuße von Oesterreichern und überhaupt von den Ultramontanen auf den Präsidentenstuhl erheben zu lassen.

Nicht ohne Besorgniß ist man wegen der verlängerten Krankheit des Erzherzog-Reichsverwesers; das Fieber, welches den hohen Patienten gestern heftiger ergriffen hatte, soll heute zwar noch nicht wiedergekehrt sein, aber eine bedeutende Schwächung zurück gelassen haben.

Frankfurt a. M., 6. Februar. Die O.-P.-A.-Z. enthält in ihrem amtlichen Theile Folgendes:

„In Erwägung erstens, daß die auswärtigen Verhältnisse, deren Lage nach den Ereignissen in Frankreich vom Februar v. J. am 8. März v. J. die deutsche Bundes-Versammlung vermochte, an die Bundes-Regierungen das Ersuchen zu richten: „zur Sicherstellung des Bedarfs an Pferden bei etwa erforderlich werdender Mobilmachung des einen oder des andern Bundes-Armeecorps vorerst die Ausführung von Pferden nach anderen nicht zum deutschen Bunde gehörigen Staaten zu untersagen“, gegenwärtig keinen Grund zur allgemeinen Fortdauer eines solchen Verbotes darbieten; in Erwägung sodann, daß die landwirthschaftlichen Interessen mehrerer deutscher Staaten, namentlich Hannovers, Mecklenburgs, Oldenburgs, Luxemburgs, zufolge der Berichte der Regierungen dieser Staaten, welche die Pferde-Ausfuhr wieder freizusehen wünschen, unter dem Verbote derselben leiden, hat Se. Kaiserl. Hoheit der Erzherzog Reichsverweser auf den Antrag seines Minister-Rathes am 27. Januar 1849 beschlossen, den Regierungen der deutschen Einzelstaaten kund zu geben, daß die provisorische Centralgewalt für Deutschland in dessen auswärtigen Verhältnissen keinen Grund mehr sehe, ein allgemeines Pferde-Ausfuhrverbot in den deutschen Einzelstaaten fortbestehen zu lassen, und daher den Regierungen der Einzelstaaten anheimstelle, die von ihnen in Folge des Bundes-Beschlusses vom 8. März v. J. erlassenen Verordnungen wieder aufzuheben.

„Der Reichs-Minister des Handels hat diese Kundmachung am genannten Tage durch Cirkular-Note an alle deutschen Regierungen vollzogen.“

Schleswig, 30. Januar. Ohne Zweifel wird unsere Landes-Versammlung sich für den Krieg erklären. Man ließ sich einen Waffenstillstand gefallen aus wärmster Anhänglichkeit an der großen Sache Deutschlands. Die Forderungen einer tief gekränkten Ehre wurden mit aller Anstrengung niedergekämpft. Beim Abschluß des Friedens wird man aber diesen schmerzlich empfundenen Forderungen um so entschiedener genügen wollen, als sich die Bevölkerung Schleswig Holsteins jetzt einstimmig und bestimmt für die Fortsetzung des Krieges ausspricht. Man will nichts mehr zu schaffen haben mit dem Ueberbleibsel einer ehemaligen Nation, deren Ansprüche jetzt überall über ihre wirklichen Umstände hinausgehen. Ueberhaupt will man im Lande nichts mehr von Adressen, Petitionen und dem ganzen papiernen Trödel der Diplomaten hören. „Recht muß Recht bleiben“, heißt es allgemein. „Und unser Recht ist durchaus licht und klar! So laßt es denn in Gottes Namen zu Entscheidungstagen kommen, wie der 22. Juli 1227 bei Börnhöved einer war. Unsere Vorfahren unter Adolph IV. sollen uns nicht umsonst ein leuchtendes Vorbild gegeben haben.“ Man hat hier erfahren, daß auch einige schleswig-holsteinische Abgeordnete der National-Versammlung gegen einen erblichen Kaiser gestimmt haben. Sie haben ihren Wählern dadurch keine Freude bereitet.

— Vom 1. Februar. Die Zeit der Zweifel und der Rücksichten ist vorüber! Unsere Landes-Versammlung hat sich gestern einstimmig für den Krieg erklärt! Die Inkorporationslust der Dänen veranlaßte am 24. März v. J. die Herzogthümer; dieselbe Inkorporationslust tritt wieder bei den Friedensverhandlungen auf und wird eine noch einmüthigere und kräftigere Erhebung zur Folge haben. Einstimmig beschloß gestern die Landes-Versammlung eine Eingabe an Se. Kaiserl. Hoheit den Reichsverweser, worin es am Schlusse heißt: „Wir dürfen nicht schließen, ohne die Versicherung hinzuzufügen, daß wir, so viel an uns liegt, bereit sein werden, die Anbahnung eines billigen und annehmbaren Friedens nach Kräften zu erleichtern und daß wir hierbei der Zustimmung des Landes versichert sind. Zugleich aber können wir die Versicherung erneuern, daß, falls ein annehmbarer Friede in nächster Zukunft nicht sollte herbeigeführt werden können, das Land durch die That beweisen wird, daß es bereit ist, mit den größten Opfern und Anstrengungen sich für die Erneuerung des Krieges zu rüsten.“ (D. Z.)

Oesterreich.

Wien, 3. Februar. Heute Nacht ist abermals auf eine Patrouille vor dem Burgthor geschossen worden. Man will einer geheimen Verbindung auf der Spur sein, wonach für jedes gefällte Einkerkerungs-Urtheil Rache an dem Militair genommen werden soll. — Der Gemeinderath ist Willens, auf die letzte Remonstration des Gouverneurs Welden sich aufzulösen; wenigstens wollen Viele ihre Entlassung nehmen. Eine Debatte über diesen Gegenstand wurde vom Vorsitzer nicht zugelassen, indem dieselbe ausdrücklich untersagt worden war. Man hört sogar, daß im Lokale der Sitzungen des Gemeinderaths selbst nach Waffen gesucht worden sei. — Das hiesige Liguorianer-Kloster wird zu einem Cholera-Spital eingerichtet. — Die Ursache der Nichteröffnung der Universität ist ganz einfach die, daß sich fast gar keine Studirende gemeldet haben.

— Dem Vernehmen nach hatte sich der Gouverneur Welden dahin geäußert, daß es kaum ohne erneuerten Krawall in Wien abgehen, dieser aber wohl der letzte sein werde. — Die Anfälle auf einzelne Wachtposten erregen übrigens bei allen Parteien die gleiche Entrüstung. — Vom Reichstag, wo jetzt Ferien sind, ist nichts als ein Witzwort hier bekannt geworden. Der neuerwählte Krakauer Deputirte, Rabbiner Meisel, wurde von einem Minister befragt, warum er sich denn zur Linken setze. „Excellenz“, war die Antwort, „die Juden haben keine Rechte!“

Pesth, 2. Februar. Gestern Vormittag wurde folgender Erlaß veröffentlicht: „Es ist zur Kenntniß Sr. Durchlaucht des Herrn Feldmarschalls Fürsten zu Windischgrätz gelangt, daß am 26sten und 27sten v. M., als Pesth und Ofen nur mit einer sehr schwachen Garnison besetzt war, unter einem Theil der Einwohner ein kriegerischer Geist sich dadurch kund gab, daß sie mit Kappen und anderen Nationalgarde-Kleidungsstücken, theils mit rothen Federn, theils mit rothen, oder aber mit schwarz und roth eingefaßten Bändern auf den Hüten in den Gassen und auf den Plätzen beider Städte sich zeigten. Um diesem Geiste die Gelegenheit zur Beschäftigung geben zu können, haben Se. Durchlaucht angeordnet, den gesammten Bewohnern dieser beiden Städte hiermit kund zu geben, daß alle Individuen, ohne Rücksicht auf ihr Alter oder ihren Stand, bei welchen solche Abzeichen gesehen werden, verhaftet, mit dem nächsten Militair-Transport von hier abgeführt und in einen Truppenkörper eingereiht werden. Damit aber sich Niemand mit einer Ausrede entschuldigen könne, wird gegenwärtige Proclamation in allen Häusern vertheilt, und die Hausherren oder Stellvertreter sind verpflichtet, dieselbe allen Inwohnern kund zu machen, auch wird solche an allen Schranken angeheftet, damit Zureisende Kenntniß davon erlangen. Am 3ten Februar d. J., wo alle Einwohner von dieser Anordnung bereits verständigt sein müssen, tritt dieselbe in Kraft und Wirksamkeit. Ofen am 31. Januar 1849. Ladislaus Graf Wrbna, Feldmarschall-Lieutenant und Kommandant des 2. Armee-Corps.“

Frankreich.

Paris, 3. Februar. Die von der „Gazette des Tribunaux“ gegebenen Details über die Konspiration der Klubs und geheimen Gesellschaften werden durch den Moniteur vervollständigt. Es unterligt demnach keinem Zweifel mehr, daß die Bewegung gleichzeitig in Paris und in den Hauptorten der Departements ausbrechen sollte. Marseille, Lyon, Macon, Chalons, Straßburg, Limoges, Troyes, die nordöstlichen und östlichen Provinzen hatten das Losungswort der Emeute erhalten. Zur Vervollständigung der Angaben der beiden genannten Blätter theile Ich Ihnen folgende Gerüchte mit, die gestern im Palais-Bourbon cirkulirten.

Erst am Sonntag um 4 Uhr beschlossen die Chefs der Meuterer, am Montag den Handstreich auszuführen, für den sie schon seit mehreren Monaten die nöthigen Vorbereitungen getroffen hatten. Sie hielten die Unzufriedenheit der Mobilgarde für eine kostbare Gelegenheit, die man benutzen müsse. Man kam sogleich überein, sich mit den malcontenten Offizieren und Soldaten der Mobilgarde in Verbindung zu setzen. Der Redner, der diesen Auftrag übernahm, ist ein Volksrepräsentant. In einer heftigen Rede reizte er die Gardisten noch mehr auf. Vorzüglich hob er hervor, daß die Soldaten diese Gelegenheit ergreifen müßten, um sich die Verzeihung des Volkes für ihre Haltung in den Junitagen zu verdienen. Man trennte sich mit dem Versprechen, sich am andern Tage auf den von den Chefs bezeichneten Plätzen einzufinden. Diese Punkte sind: der Platz Lafayette, die Straße Breda und Umgegend bis zum Platz Saint-Georges, d. h. bis zu der Wohnung des Herrn Thiers, dem man den ersten Besuch zugedacht hatte. (Die Wohnung des Herrn Thiers wird heute noch von Truppen beschützt.) Andere Punkte waren die Magdalenenkirche und alle Straßen die nach dem Hotel des Präsidenten führen. Das Komplott hatte unzählige Verzweigungen. Die Klubisten von Rouen waren avertirt worden. Ein Agent der geheimen Gesellschaften war auf der Stelle nach Lyon geeilt, um vor dort Beistand zu holen. — Uebrigens scheint es, als ob die Chefs der Emeute von dem glücklichen Erfolge ihres Handstreichs vollständig überzeugt waren. Die Versprechungen, welche man den „Soldaten“ des Aufstandes gemacht hatte, waren so bestimmt, daß mehrere unter ihnen nicht einmal den Sieg abwarteten, sondern bereits am Sonntag Drohbriefe an ihre Feinde adressirten. — Hoffentlich wird die gerichtliche Untersuchung die Wahrheit über das mysteriöse Komplott vollständig herausstellen. Einstweilen genügt das Bekannte, um zu beweisen, daß Paris einer wirklichen und ernstlichen Gefahr ausgesetzt war. Die beißenden Spöttereien des National über eine „angebliche“ Verschwörung verlieren unter solchen Umständen ihre Spitze. Wenn die Geschichte dazu beiträgt, der Nationalversammlung die Augen zu öffnen und sie zu bewegen, dem Klubunwesen in absoluter Weise ein Ende zu machen, dann hat sie ihr Gutes gehabt. — Unterdessen wird die Lage der Bevölkerung von Tage zu Tage drückender. Man muß zu Paris wohnen, um sich eine Idee von dem Jammer zu machen, dem die untern Stände nicht blos, sondern auch die Mittelklassen Preis gegeben sind. Keine Arbeit, kein Handel, kein baares Geld, Armuth und Bettelei überall. Glücklicher Weise ist das Brod sehr wohlfeil; hätten wir eine Theuerung, wie vor zwei Jahren, dann ginge schon längst Alles drunter und drüber. (N. Pr. Ztg.)

Paris, 4. Februar. Das Ministerium hatte nach der gestrigen Sitzung im Elysée Bourbon eine kurze Berathung, worin beschlossen ward, daß es sich in Folge des gestrigen Votums nicht zurückziehen werde. In der That würde das Kabinet der Intrigue die Sache sehr leicht machen, wenn es sich durch eine Abstimmung, wie die gestrige, aus dem Sattel heben ließe. Um was hat es sich in der Debatte gehandelt? Ob der Antrag auf eine parlamentarische Untersuchung über die Maßregeln vom 29. Januar ein dringender ist, oder ob überhaupt Grund zu einer solchen Untersuchung, d. h. zu dem Verdachte vorliege, das Ministerium habe an diesem Tage einen Staatsstreich beabsichtigt. Ist aber eine dieser Fragen abgefertigt worden? Nein, sie sind nicht einmal zur Diskussion gekommen und weder ein Antragsteller noch einer ihrer politischen Freunde hat diese Fragen auch nur unterstützt, und zwar aus keiner andern Ursache, als weil weder Stoff zu einer parlamentarischen Untersuchung vorliegt, noch Hoffnung, daß sie genehmigt werde, vorhanden war. Immerhin aber wäre es Schade gewesen, einen so vortrefflichen Anlaß zum Sturze des Ministeriums unbenutzt entwischen zu lassen. Man ließ daher die eigentliche Frage aus dem Spiele und stellte durch eine motivirte Tagesordnung eine bestimmte Mißtrauenserklärung auf: „die Kammer erklärt, daß die Tendenzen des Ministeriums gefahrvoll sind, und geht zur Tagesordnung über.“ Warum und inwiefern die Tendenzen des Kabinettes gefahrvoll sind, das wurde nicht erörtert. (D. Ref.)

Paris. (Sitzung der Nationalversammlung vom 5. Februar.) Auf dem Konkordien-Platze sieht man gegen Mittag einige Blousenmänner. Die Abtheilungssäle sind gedrängt voll; es werden die Vicepräsidentschafts-

und Sekretariats-Wahlen vorgenommen. Bei Marrast, sagt man, sind sämmtliche Mitglieder der alten Verfassungs-Kommission versammelt, um eine Erklärung zu berathen, die sie im Angesicht der Nationalversammlung abgeben wollten, und die dahin lauten würde, daß sie bei Abfassung der Konstitution von dem Gesichtspunkte ausgingen, der Präsident der Republik müsse seine Minister aus der Majorität wählen. Ebenso wolle man das Budget verwerfen. Um 2 Uhr eröffnet Marrast die öffentliche Sitzung. Eine Menge von Petitionen wird überreicht. Die Gemeinden Lavillette, Troyes, Lunneville, Vienne und andere bitten um die Erlaubniß, sich behufs Beschäftigung ihres Proletariats übersteuern zu dürfen. Wird genehmigt. Marrast: Folgendes ist das Resultat der Büreau-Wahlen: Zu Vice-Präsidenten wurden gewählt: 1) Goudchaux mit 506, 2) Lamoricière mit 494, 3) Havin mit 494, 1) Corbon mit 472, 5) Billaut und 6) Bedeau mit 364 Stimmen. Die Rue de Poitiers ist also ganz unterlegen. Perrée, der den Minister Faucher neulich so heftig angriff, und Peupin, Urmachergehülfe, wurden zu Sekretären gewählt. An der Tagesordnung ist nun die Fortsetzung der Debatte über Dringlichkeit einer Untersuchung der Ereignisse vom 29. Januar. (Aufmerksamkeit.) Leon Faucher, Minister des Innern: (hört! hört!) Die Erklärung im Moniteur, daß das Ministerium trotz des vorgestrigen Votums bleibe, beginnt er, sei als ein Trotz des Kabinets gegen die National-Versammlung ausgelegt worden. Im Namen des Kabinets versichere er jedoch, daß kein solcher Gedanke in der Erklärung des Moniteur liege. Der Präsident der Republik habe den Augenblick zu ernst gefunden, um sein Ministerium zu ändern. (Ah! Ah! zur Linken.) So lange letzteres daher das Vertrauen des Präsidenten habe, werde dasselbe es als Pflicht halten, auf seinem Posten zu bleiben. (Bewegung.) Was die lithographirten Bülletins betreffe, so sei Befehl gegeben worden, daß jeder beurtheilende Artikel in Zukunft wegfalle. (Nicht genug! zur Linken.) Was den Gesetz-Entwurf rücksichtlich der Klubs betreffe, so gründe er seinen Aufhebungs-Antrag auf folgenden Thatsachen. Der Minister entfaltet hier ein Aktenheft, um nachzuweisen, daß in Lyon allein 132 sozialistische und kommunistische Klubs beständen, in denen, wie in den Pariser Bernhardschen Klubs, Mord und Todtschlag gelehrt würden. Aus diesen Klubs sei die große Staatsgefahr vom 29. Januar hervor gegangen, zu deren Abwendung die Regierung die starke Truppenmacht entfaltet habe. Der Minister schildert noch einmal das Netz der geheimen Gesellschaften, welches ganz Frankreich umstricke und die Mobilgarde zu gewinnen gesucht habe, um die Republik zu stürzen. (Oh, Oh!) Statt also das Ministerium anzuklagen, verdiene es den Dank und die Anerkennung der National-Versammlung für seine Vorsicht. Flocon entgegnet dem Minister, daß er rücksichtlich der Klubs nur abgerissene Berichte der Carlierschen Polizeispione vorgelesen habe, die so isolirt und einseitig daständen, daß sie gar nichts bewiesen, am allerwenigsten eine Aufhebung der heiligsten Volksrechte begründen könnten. Uebrigens verlange man ja nur Untersuchung der Dinge. Seien der Minister und die Polizei wirklich unschuldig, so werde sich dies schon herausstellen. Die Forestiersche Angelegenheit sei eine schreiende Ungerechtigkeit. Der Redner kritisirt die Note im Moniteur mit Bitterkeit und sagt, die Minister allein geben sich ein Vertrauenszeugniß. Oudinot schlägt folgende motivirte Tagesordnung als Vermittelung vor: „Die National-Versammlung nimmt die Konklusionen des Kommissionsberichts an und geht, in Erwägung, daß die Bülletins, welche Agitation im Lande hervorgerufen: reine Privat-Industrie seien und vom Ministerium desavouirt worden, zur Tagesordnung über." Oudinot entwickelt seinen Antrag. Er macht kein Geheimniß daraus, daß er denselben im Verein mit der Majorität der Untersuchungs-Kommission (und dem Ministerium) stelle. Es sei ein Mittel zur Versöhnung. Alle wollen ja nur Ein Ziel, nämlich das Glück und den Ruhm Frankreichs! Stimmen links: Der Republik! Oudinot: Nun ja, das Glück und den Ruhm unserer jungen Republik! Dupont (Bussac) bekämpft den Oudinotschen Vorschlag. Es wird zur Abstimmung geschritten und die Oudinotsche Conciliations-Tagesordnung wird mit 481 gegen 359 Stimmen angenommen (oh! oh!) und die Sitzung um ½ vor 7 Uhr geschlossen. Die Kavallerie, die das Sitzungslokal beschützte, kehrt heim; Paris ist in aufgeregter Stimmung, aber überall ruhig.

— Herr Lucian Murat hat heute eine Proposition niedergelegt, worin er um die Ermächtigung anhält, vor den gewöhnlichen Gerichtshöfen die Ausführung des Vertrages von Bayonne nachzusuchen. Durch diesen Vertrag hatte bekanntlich der Kaiser Napoleon dem zum König von Neapel ernannten Joachim Murat 600,000 Livres Rente garantirt, wogegen dieser Alles, was er in Frankreich besaß, herausgeben mußte.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 27. Januar. Die „Polizei-Zeitung" enthält Nachstehendes: „Seit einiger Zeit hat das Lottospiel in den Klubs und anderen öffentlichen Gesellschaften nicht allein der beiden Hauptstädte, sondern auch mehrerer Gouvernements-Städte in einem außerordentlichen Grade überhand genommen. Dieses Spiel ist aus einem unschuldigen Zeitvertreibe in eine verderbliche Leidenschaft ausgeartet, welche dem Familien- und gesellschaftlichen Leben um so mehr Schaden bringt, als sie vorzugsweise in der Mittelklasse, unter den Beamten und unbemittelten Leuten, verbreitet ist; in der Hoffnung auf plötzlichen Gewinn verspielen sie nicht nur nach und nach ihre ganze Habe, sondern auch noch ihr Gehalt, wodurch sie sich und ihre Familie in das Elend stürzen. In Betracht dessen hat Se. Majestät der Kaiser am 22. d. M. Allerhöchst zu befehlen geruht, daß das öffentliche Lottospiel in den Klubs und gesellschaftlichen Vereinen jeder Art durchaus verboten werde."

Getreide-Bericht.

Berlin, 8. Februar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: **Weizen** nach Qualität 55—60 Thlr.

Roggen, in loco $26\frac{1}{2}$—$27\frac{1}{2}$ Thlr., pro Frühjahr 82pfünd. $27\frac{1}{4}$ Thlr. bez. u. Br., 27 G, pro Mai—Juni 28 a $27\frac{3}{4}$ Thlr., pro Juni—Juli $28\frac{1}{2}$ a 28 Thlr.

Gerste, große, in loco 22—23 Thlr., kleine 18—20 Thlr.

Hafer, in loco nach Qualität 14 — $15\frac{1}{2}$ Thlr., pr. Frühjahr 48pfünd. $14\frac{1}{2}$ Thlr. Br.

Rüböl, in loco $13\frac{1}{3}$ a $13\frac{1}{4}$ Thlr., pro diesen Monat $13\frac{1}{4}$ a $13\frac{1}{12}$ Thlr., pro Febr. — März 13 a $12\frac{11}{12}$ Thlr., pro März—April $12\frac{5}{6}$ a $12\frac{3}{4}$ Thlr., pr. April—Mai und pro Mai—Juni $12\frac{3}{4}$ a $12\frac{2}{3}$ Thlr., pro Juni—Juli und Juli-August $12\frac{7}{12}$ Thlr.

Leinöl, in loco 10 Thlr., auf Lieferung pro April—Mai 10 Thlr. bez.

Spiritus, in loco ohne Faß $14\frac{7}{12}$ Thlr. verk., pro Febr. $14\frac{3}{4}$ Thlr. Br., pro März 15 Thlr. Br., pro Frühjahr $15\frac{1}{2}$ Thlr. Br., pro Mai—Juni 16 Thlr. Br.

Breslau, 7. Februar.

Weizen, weißer, 55, 60 bis 64 Sgr., gelber 52, 57 bis 61 Sgr.
Roggen 31, 33 bis 35 Sgr.
Gerste 21, 23 bis 25 Sgr.
Hafer 16, 17 bis 18 Sgr.
Kleesaat sehr begehrt, roth von 7 bis 10 Thlr., weiß von 4 bis 9 Thlr. bez.
Spiritus, $6\frac{2}{3}$ und $\frac{5}{6}$ Thlr. bez.
Rüböl, 14 Thlr. zu machen.
Zink ohne Umsatz.

Berliner Börse vom 8. Februar.

Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

	Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinsfuss.	Brief	Geld.	Gem.
Preuss. frw Anl.	5	$101\frac{1}{2}$	101		Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	—	$91\frac{5}{8}$	
St. Schuld-Sch.	$3\frac{1}{2}$	$80\frac{1}{2}$	80		Kur-&Nm.do.	$3\frac{1}{2}$	—	$91\frac{5}{8}$	
Sech. Präm-Sch.	—	$98\frac{3}{4}$	—		Schles. do.	$3\frac{1}{2}$	—	—	
K. & Nm. Schldv.	$3\frac{1}{2}$	-	—		do. Lt. B. gar. do.	$3\frac{1}{2}$	—	—	
Berl. Stadt-Obl.	5	$98\frac{1}{2}$	—		Pr. Bk-Anth-Sch.	—	91	—	
Westpr. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	85	$84\frac{1}{2}$						
Grosh. Posen do.	4	$96\frac{1}{4}$	—		Friedrichsd'or.	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$	
do. do.	$3\frac{1}{2}$	$81\frac{5}{8}$	$81\frac{1}{8}$		And. Gldm. a 5 tlr.	—	$12\frac{11}{12}$	$12\frac{5}{12}$	
Ostpr. Pfandbr.	$3\frac{1}{2}$	—	$90\frac{1}{4}$		Disconto	—	—	$4\frac{1}{2}$	

Ausländische Fonds.

	Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinsfuss.	Brief	Geld.	Gem.
Russ Hamb. Cert.	5	—	—		Poln. neue Pfdbr.	4	$91\frac{1}{4}$	$90\frac{3}{4}$	
do. b. Hope 3 4. s.	5	—	—		do. Part. 500 Fl.	4	$74\frac{5}{8}$	$74\frac{1}{8}$	
do. do. 1. Anl.	4	—	—		do. do. 300 Fl.	—	—	100	101
do. Stiegl. 2 4 A.	4	87	—		Hamb. Feuer-Cas	$3\frac{1}{2}$	—	—	
do. do. 5 A.	4	—	—		do. Staats-Pr. Anl	—	—	—	
do. v. Rthsch. Lst.	5	—	$105\frac{3}{8}$		Holl. 2½ o/o Int.	$2\frac{1}{2}$	—	—	
do. Poln. SchatzO	4	—	—		Kurh. Pr. O. 40 th.	—	—	—	
do. do. Cert. L. A.	5	$84\frac{3}{4}$	84		Sard. do. 36 Fr.	—	—	—	
dgl. L. B. 200 Fl.	—	—	$13\frac{1}{4}$		N. Bad. do. 35 Fl.	—	—	—	
Pol. Pfdbr. a. a. C.	4	—	—						

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinsfuss.	Reinertr 47	Tages-Cours.
Berl. Anh. Lit. A. B	4	$7\frac{3}{4}$	78 B.
do. Hamburg	4	$2\frac{1}{2}$	60 B.
do. Stettin-Stargard	4	6	$88\frac{3}{4}$ tr.
do. Potsd.-Magdebg.	4	4	55 B.
Magd.-Halberstadt .	4	7	$112\frac{1}{2}$ G
do. Leipziger . .	4	15	—
Halle-Thüringer . .	4	—	$50\frac{3}{4}$ B. $\frac{1}{8}$ G.
Cöln-Minden . . .	$3\frac{1}{2}$	—	$78\frac{3}{4}$ G.
do. Aachen . .	4	4	50 G.
Bonn-Cöln	5	—	—
Düsseld.-Elberfeld .	4	$4\frac{1}{2}$	—
Steele-Vohwinkel .	4	—	$36\frac{1}{2}$ B. 36 G.
Niederschl. Märkisch.	$3\frac{1}{2}$	—	$71\frac{1}{2}$ bz.
do. Zweigbahn .	4	—	—
Oberschles. Litr. A.	$3\frac{1}{2}$	6	93 bz. u G.
do. Litr. B.	$3\frac{1}{2}$	6	93 bz. u. G.
Cosel-Oderberg . .	4	—	—
Breslau-Freiburg . .	4	5	—
Krakau-Oberschles. .	4	—	$38\frac{1}{4}$ G.
Bergisch-Märkische .	4	—	58 B.
Stargard-Posen . .	$3\frac{1}{2}$	—	$70\frac{1}{2}$ B. $\frac{1}{4}$G.
Brieg-Neisse . . .	4	—	—
Quittungs-Bogen.		Einz.	
Berlin-Anhalt Lit. B.	4	90	—
Magdeb.-Wittenberg	4	60	$43\frac{1}{2}$ B.
Aachen-Mastricht . .	4	30	—
Thür. Verbind.-Bahn	4	20	—
Ausl. Quittgs.-Bogen.			
Ludw.-Bexbach 24 Fl.	—	—	—
Pesther 26 Fl.	4	90	—
Fried.-Wilh.-Nordb.	4	90	$37\frac{1}{2}$ a $\frac{7}{8}$ bz.u.G.

Priorit.-Actien	Zinsfuss	Tages-Cours.
Berl-Anhalt . . .	4	87 G.
do. Hamburg . .	$4\frac{1}{2}$	$93\frac{3}{4}$ a 91 bz. u. G.
d0. Potsd.-Magd. .	4	$82\frac{3}{4}$ bz. u. G.
do. do	5	$94\frac{1}{2}$ bz.
do. Stettiner. . .	5	102 G.
Magdb.-Leipziger .	4	—
Halle-Thüringer . .	$4\frac{1}{2}$	86 bz.
Cöln-Minden . . .	$4\frac{1}{2}$	$92\frac{3}{4}$ a 93 bz. u. G.
Rhein. v. Staat gar. .	$3\frac{1}{2}$	—
do. 1 Priorität.	4	—
do. Stamm-Prior.	4	—
Düsseld.-Elberfeld ,	4	—
Niederschl.-Märkisch.	4	86 bz. u. G.
do. do	5	$98\frac{3}{4}$ G, 99 B.
do. III. Serie. .	5	$94\frac{1}{2}$ G.
do. Zweigbahn .	$4\frac{1}{2}$	—
do. do.	5	80 G.
Oberschlesische . .	4	—
Cosel-Oderberg	5	$95\frac{1}{2}$ G.
Steele-Vohwinkel .	5	$87\frac{1}{2}$ B.
Breslau-Freiburg .	4	—
Ausl. Stamm-Actien.		
Dresden-Görlitz . .	4	—
Leipzig-Dresden . .	4	—
Chemnitz-Risa . .	4	—
Sächsisch-Bayerische	4	—
Kiel-Altona .	4	$88\frac{1}{2}$ B.
Amsterdam - Rotterdam	4	—
Mecklenburger	4	$38\frac{1}{2}$ B.

Barometer- und Thermometerstand
bei C. F. Schultz & Comp.

Februar.	Tag.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reduzirt.	8	338'78'''	339,03'''	338,10'''
Thermometer nach Réaumur.	8	+ 1,8°	+ 3,1°	+ 1,7°

Beilage.

Beilage zu No. 34 der Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

Freitag, den 9. Februar 1849.

Italien.

Rom, 27. Januar. Briefe aus Gaeta zweifeln an eigentlicher Intervention, versichern aber, General Zucchi sei mit der Organisation eines starken Corps beschäftigt, dessen Hauptbestandtheil dann wohl die Spanier bilden würden.

— Während gestern hier Gerüchte über Anmarsch der Oesterreicher umliefen, heißt es heute, es seien Zwistigkeiten über die Intervention zwischen Oesterreich und Frankreich ausgebrochen, da ersteres dem letzteren Ankona's Besetzung nicht gestatten wolle.

Uebrigens dürfte die päpstliche Partei keineswegs so unbedeutend sein, wie sie die Gegner darzustellen sich bestreben; aber freilich fehlt ein entschlossener Führer. Noch vor wenigen Wochen, heißt es, seien einige Häupter beim Kardinal Castracane, dem Präsidenten der vom Papste ernannten Regierungs-Kommission, erschienen, ihn aufzufordern, seinen Namen ihrem Unternehmen zu leihen, zu dem sie einer Legitimität bedürften, welche seine Ernennung ihm verleihe, er habe sich jedoch geweigert. Dagegen lobt man das entschlossene Benehmen des Monsignor Canali, Stellvertreters des General-Vikars von Rom. Zu ihm sei Sterbini gekommen, um eine Ordre für Klöster und Kirchen zur Auslieferung alles Silbergeräths zu verlangen. Der Prälat habe ihn mit der Frage empfangen: „Wer bist Du?" und auf seine Bemerkung, er sei Minister und bekomme von Rechtswegen gen das Prädikat Eccellenza (das übrigens das demokratische Ministerium abgelegt hat), habe er erwiedert: „Lumpen-Excellenz (Eccellencaccia); glaubst Du, daß ich den Spitzbuben machen will, wie ihr?" In diesem Style sei es fortgegangen, bis der Minister das Weite gesucht habe. Ist die Sache nicht buchstäblich wahr, so findet man sie doch ganz im Sinne jenes Geistlichen, der unter Gregor durch seinen festen Widerstand gegen die Intriguen der hiesiegen Aerzte das Verbot der Homöopathie verhinderte. (D. Ref.)

Großbritannien.

London. Unterhaussitzung vom 2. Febr. An der Tagesordnung ist nochmals die vertagte Adreßdebatte. Da Grattan's Amendement durchgefallen war, so kam das Amendement d'Israeli's an die Reihe, welches die Erklärungen der Thronrede, daß der Handel auflebe, die Lage der Fabrikbezirke ermuthigend und das Einkommen im Wachsen begriffen sei, sämmtlich verneint und noch beifügt, daß die Agrikultur- und Kolonial-Interessen des Landes darniederlägen, und daß die auswärtigen Beziehungen keinen Grund zur Glückwünschung darböten. Hr. Urquhart rügte mehrere Punkte der auswärtigen Politik, insbesondere bezüglich Siziliens und Neapels. Lord Palmerston, der hierauf das Wort nahm, bemerkte, der eigentliche Zweck des Amendements und seiner Urheber sei, das Haus unter dem Vorwande eines Amendements zu vermögen, daß es sich gegen die Freihandels-Lehre und gegen die Aufhebung der Getraide-Gesetze ausspreche. Der Minister rechtfertigte dann im Allgemeinen die in der Thronrede und in der Adresse gebrauchten Ausdrücke, und suchte durch eine ausführliche Darlegung des Verfahrens der Regierung in ihren verschiedenen Beziehungen zu den Festlands-Mächten und zu Nordamerika darzuthun, daß Englands auswärtige Politik, der bis jetzt die Aufrechthaltung des allgemeinen Friedens gelungen sei, allerdings zu Glückwünschen wegen dieses Erfolges berechtige. Er glaube übrigens nicht, sagte der Minister, daß das Haus jetzt schon unterrichtet genug sei, um eine feste Meinung über diese Sache auszusprechen, sei aber überzeugt, daß dasselbe, wenn ihm alle betreffenden Dokumente bekannt wären, eher Ihrer Majestät über den Zustand der Beziehungen zu den auswärtigen Mächten Glück wünschen würde. Das Ziel der auswärtigen Politik Englands sei, außer ihrem vornehmsten Zwecke, der Wahrung der eigenen Interessen, die Erhaltung des Friedens mit der übrigen Welt, und demnächst, wenn möglich, die Verhinderung des Krieges mit anderen Nationen. Dieses Ziel sei bis jetzt von der gegenwärtigen Regierung erreicht, denn England habe Frieden mit der ganzen Welt, und die im abgelaufenen Jahre an verschiedenen Orten ausgebrochenen Feindseligkeiten seien durch Waffenstillstände beendigt und gingen einer friedlichen Lösung entgegen. Ein Hauptvorwurf der Gegner sei, daß die Regierung auf freundschaftlichem Fuße mit republikanischen Regierungen geblieben sei. Ihn bedünke, daß es Englands Verhältniß zu Frankreich nicht stören könne, möge ein König, Kaiser, ein Präsident oder ein Consul an seiner Spitze stehen. „Unser Ziel und unsere Pflicht ist es," erklärte Lord Palmerston, „die engsten Freundschaftsbande zwischen uns und unserem nächsten Nachbar zu knüpfen, einer der mächtigsten Nationen, die im Kriege unser mächtigster Feind, im Frieden unser nützlichster Freund sein wird." Er ließ dann den von den verschiedenen Regierungen Frankreichs seit dem Februar 1848 kundgegebenen aufrichtigen, freundlichen und friedliebenden Gesinnungen volle Anerkennung widerfahren. Wäre England, fügte er hinzu, als Gegner oder auch nur mißliebig gegen die Republik aufgetreten, so würde der Frieden in Europa schwerlich erhalten worden sein. Er beanspruchte Vertrauen und Glauben für die Erfolge der von der englischen Regierung versuchten Vermittelungen zwischen mehreren fremden Staaten und hob die Schwierigkeiten hervor, womit die Vermittelung zwischen Dänemark und Deutschland zu ringen habe. Man tadle diese Vermittelung. England sei dazu aufgefordert worden; obgleich sie noch nicht zum definitiven Abschluß gekommen, habe sie wenigstens eine Unterbrechung der Feindseligkeiten und die Wiederherstellung des gestörten Handelsverkehrs zur Folge gehabt und werde gewiß auch die Grundlage abgeben zu einer friedlichen und ehrenvollen Ausgleichung zwischen den Parteien. Herr d'Israeli meine, man hätte Dänemark seine Sache allein ausfechten lassen sollen, da es alsdann die Sache längst allein zu Ende gebracht hätte. Die Befolgung dieses Raths würde aber einen europäischen Krieg nach sich gezogen haben. Auf einer Seite Deutschland voll Enthusiasmus für eine besondere Doktrin über Schleswig, und auf der anderen Seite Dänemark, stark in seiner Meinung von seinem Anrecht auf das Herzogthum. Dänemark habe bereits auf dem Punkte gestanden, Frankreichs und Rußlands bewaffnete Hülfe anzurufen, und Deutschland habe schon auf den Ebenen Schleswigs gestanden; sei das etwas Anderes als ein europäischer Krieg gewesen? Und man tadle das Ministerium, daß es ihn verhindert habe! Der zweite Anklagepunkt sei die Vermittelung zwischen Oesterreich und der Lombardei. Im Mai habe Oesterreich Englands Vermittelung gewünscht. Letzteres habe natürlich keine Bedingungen vorgeschlagen, deren Verwerfung vorauszusehen gewesen wäre. Wegen der aufgestellten Bedingungen habe der österreichische Geschäftsträger an seine Regierung berichtet, darauf aber habe die Sache geruht. Später sei eine für Oesterreich günstige Wendung der Dinge eingetreten, und jetzt habe Sardinien bei Frankreich um Beistand nachgesucht. Im Einklang mit dem Verhältniß guten Einvernehmens, das zwischen Frankreich und England bestehe, habe ersteres dem letzteren angetragen, gemeinschaftlich die Vermittelung zu übernehmen und Friedens-Bedingungen vorzuschlagen; im entgegengesetzten Falle sei Frankreich nicht im Stande, eine bewaffnete Intervention in Italien zu verhüten. Das Ministerium habe diesen Vorschlag angenommen, da ein europäischer Krieg die Folge der bewaffneten Intervention gewesen wäre. Man sage, England schreibe Oesterreich Bedingungen vor; noch beabsichtige man es. Er habe erklärt, warum er glaube, daß gewisse Anordnungen die wohlverstandenen Interessen Oesterreichs sichern und eine friedliche Ausgleichung fördern würden; aber Oesterreich habe zu bestimmen, ob es dieselben annehmen wolle oder nicht. Er hoffe, daß dieser Staat es thun werde. Wenn nicht, so stehe Oesterreich das Zurückweisen so frei, wie England das Anerbieten. Der dritte Punkt sei Neapel. Er wiederhole, wie er schon früher öfter gethan, daß die angeblich unberufene Einmischung Lord Minto's eine Erfindung sei. Lord Minto sei auf ausdrückliches Verlangen des Königs von Neapel zuerst dorthin gekommen und dann nach Sicilien gegangen, um eine Vermittlung zwischen dem Könige und seinen aufständischen Unterthanen zu versuchen. Sie wäre ohne den Ausbruch der französischen Revolution wahrscheinlich auch gelungen. Die so viel getadelte Einmischung des englischen Admirals nach den Erfahrungen mit Messina habe nicht den Zweck gehabt, die kriegerischen Operationen Neapels gegen Sicilien zu verhindern. Ungestört habe man Messina von den Neapolitanern einnehmen lassen, die aber, nachdem sich die Stadt unterworfen, eine grausame Verheerung begonnen. Hätten die beiden Admirale der englischen und französischen Flotte es da nicht für eine Pflicht der Menschlichkeit halten sollen, einer so barbarischen Kriegführung ein Ende zu machen und Palermo vor einem ähnlichen Schicksal wie Messina zu bewahren? Dies sei der Zweck des von Sir W. Parker und Admiral Baudin vermittelten Waffenstillstandes gewesen. Er habe die Genugthuung, zu denken, daß die französisch-englische Vermittlung Sicilien vor großem Unglücke bewahrt habe, und er glaube auch, daß, während sie auf der einen Seite Sicilien seine Wohlfahrt und konstitutionelle Freiheit sichere, sie andererseits zur dauernden Vereinigung der beiden Kronen Neapels und Siciliens auf dem Haupt eines Monarchen führen werde. Man habe auch die spanische Angelegenheit besprochen, und hier scheine man die Regierung des Mangels an Energie zu beschuldigen. Man rufe, die Würde Englands sei verletzt. England habe die Abreise des Herrn Isturiz von London verlangt in Folge der Ausweisung Sir H. Bulwer's aus Madrid; das Letztere sei eine Beleidigung, und obgleich er eine Genugthuung für nöthig halte und überzeugt sei, daß die spanische Regierung, wenn sie bei ruhiger Ueberlegung einsehe, daß sie sich übereilt habe, Genugthuung geben werde, so könne er doch keine energischeren Maßregeln als die schon ergriffenen wählen, da sonst kein anderer Ausweg als der Krieg sei. Man beschuldige ihn zuweilen der Kriegslust. Aber die Kriegspartei sitze ihm gegenüber. Die Minister ständen hier als Behörden des Friedens, als die Leute, welche eifrig bemüht gewesen, den Krieg zu verhüten, ihn, einmal ausgebrochen, nicht um sich greifen zu lassen und ihm bald möglichst ein Ende zu machen. Sie ständen hier als Behörden des Friedens, belastet mit der Anklage, Freunde des Kriegs zu sein. Das Haus möge richten. Der Marquis v. Granby, ein Mitglied der Opposition, stellte nun ein Amendement auf weitere Vertagung der Debatte, das aber, wie schon erwähnt, mit 221 gegen 80 Stimmen verworfen wurde. Herr D'Israeli zog darauf sein Amendement zur Adresse zurück, welche demnächst unverändert angenommen wurde.

Vereinigte Staaten von Nord-Amerika.

New-York, 10. Januar. Unser Goldfieber hat sich noch nicht gelegt. Wir haben allen Grund zu glauben, daß die Schätze unsers neuen Territoriums unerschöpflich sind. Das Gold fängt jetzt an, in großen Quantitäten seinen Weg nach den atlantischen Städten zu finden. Ein Bostoner Kaufmann erhielt neulich in zinnernen Büchsen die Summe von 30,000 Dollars in Gold, das aus dem Sande des Sacramento gewachsen war. Ein Reisender, der kürzlich von den Minen kam, sagte, er habe seit seiner Ankunft in den vereinigten Staaten keinen Bericht gelesen, der die Quantität oder Qualität des Goldes übertriebe. Er giebt ferner an, daß man das Gold eben so wohl in trockenen Schluchten, als in solchen, die mit Wasser bedeckt sind, findet. Personen, die bei Sammlung dieses edlen Metalls mit einer Art von System vorschreiten, gewinnen dreimal so viel als die, welche, wie eine Henne mit ihrem Küchlein, überall ein wenig hervorkratzen. Derselbe Reisende war bei folgendem Vorgange zugegen: Eine Gesellschaft von 20 bis 30 Personen durchsuchte eine trockne Schlucht, auf einmal kamen sie an eine Stelle, die vom Goldstaub und Erz über und über funkelte. Jeder Mann warf sich sofort auf den Boden und nahm alles Gold, das er mit seinen Körper bedecken konnte, für sich in Anspruch. Ehe die Gesellschaft sich trennte, hatte jede Person einen Goldwerth von 300 Dollaren gesammelt. Die letzten Berichte aus San Francisco melden, daß wieder eine reiche Stelle entdeckt und daß 100,000 Dollars täglich gesammelt wurden. Die Schatzgräber litten jedoch viel unter dem Mangel an Lebensmitteln, der indeß nicht lange mehr dauern wird, da innerhalb der letzten zwei Monate ungeheure Ladungen dahin abgesandt wurden. Zwei Fässer Branntwein sollen mit 14,000 Dollars bezahlt worden sein. Bis die Vorräthe die Goldgruben erreichen, werden die Leute sich in einer furchtbaren Lage befinden. Man will Individuen gesehen haben, die große Reichthümer an und bei sich trugen und dabei das schmutzigste und bettelhafteste Ansehen darboten; ihre Kleider waren zerlumpt, ihr Gesicht mit Haaren bedeckt und ihr ganzes Aeußere entsetzlich. (Nat.-Z.)

Anzeige für die Freunde der inneren Mission.

Durch eine plötzlich eingetretene Krankheit des Herrn Wichern, Vorstehers des rauhen Hauses in Hamburg, sind wir veranlaßt, die auf den 15ten h. angesetzte Versammlung im Saale der Elisabethschule zu Stettin einstweilen noch aufzuschieben. Der nun festgestellte Termin wird in diesen Blättern bekannt gemacht werden.

Stettin, den 8ten Februar 1849.

Das Comitee des Vereins für innere Mission.

Officielle Bekanntmachungen.

Bekanntmachung vom 17ten Januar 1849.
Königl. Land- und Stadtgericht.

Der Kaufmann Michael Theodor Wendisch und dessen verlobte Braut Eleonore Marie Gribel zu Stettin haben mittelst Vertrages vom 11ten Januar 1849 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen.

Verlobungen.

Ottilie Colas,
Rudolph Bahnemann.
Verlobte.

Die Verlobung unserer Tochter Anna mit dem Herrn Postsekretair und Lieut. Lietz zeigen wir ergebenst an.
Gollnow, den 4ten Februar 1849.
Der Postverwalter Wöhlermann und Frau.

Anna Wöhlermann,
August Lietz,
Verlobte.
Gollnow und Stargard, den 4ten Februar 1849.

Entbindungen.

Heute Vormittag 9½ Uhr wurde meine geliebte Frau Wilhelmine, geb. Schultze, von einem muntern Töchterchen leicht und glücklich entbunden. Diese Anzeige allen Verwandten und Freunden statt jeder besonderen Meldung.
Oberwiek, den 8ten Februar 1849.
Ferd. Crépin, Brennerei-Besitzer.

Todesfälle.

Das am 7ten d. M., früh 4 Uhr, nach mehrjährigen schweren Leiden erfolgte sanfte Dahinscheiden meiner innigst geliebten Frau Elise, geb. Knuft, im 59sten Lebensjahre, zeigen statt besonderer Meldung hiermit tief betrübt an die Hinterbliebenen.
Stettin, den 8ten Februar 1849.

Gerichtliche Vorladungen.

Proclama.
Land- und Stadtgericht in Stolp.

Auf dem Bauerhofe No. 2 zu Schlochow stehen Rubr. III. No. 2 für den Kathenmann George Rennhack aus Carzin, jetzt Halbbauer zu Großendorff, aus der angeblich verloren gegangenen Obligation vom 15. Juni 1836 100 Thlr. eingetragen, über deren Abtragung unterm 13. Novbr. v. J. gerichtlich quittirt worden ist.

Jetzt soll diese Post gelöscht werden, und werden daher alle diejenigen, welche daran als Eigenthümer, Cessionarien, Pfand- oder sonstige Briefsinhaber Anspruch zu machen haben, hierdurch aufgefordert, solchen im Termin
den 24sten April c., Mittags um 12 Uhr,
vor dem Herrn Assessor Müller im hiesigen Gerichtshause anzubringen, widrigenfalls sie damit präkludirt, ihnen desfalls ein ewiges Stillschweigen aufgelegt, das Instrument selbst amortisirt und die Post gelöscht werden wird. Stolp, den 28sten Januar 1849.

Subhastationen.

Bekanntmachung.

Die Erbzinsgrundstücke des Gutsbesitzers Alexander Friedrich Schröder zu Arnimswalde No. 5 c, taxirt auf 1562 Thlr. 23 sgr. 4 pf., No. 12, taxirt auf 2198 Thlr. 10 sgr., und No. 13, taxirt auf 3602 Thlr. 2 sgr. 6 pf., sollen Schulden halber in nothwendiger Subhastation am
9ten Juni 1849, Vormittags 11 Uhr,
an der Gerichtsstelle meistbietend verkauft werden. Taxe und Hypothenschein liegen in unserer Registratur zur Einsicht bereit.

Der eingetragene Gläubiger, Dr. Schaum, dessen Aufenthalt unbekannt ist, wird zu diesem Termin mit vorgeladen.
Damm, den 6ten November 1848.
Königliches Land- und Stadtgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Von dem Königlichen Land- und Stadtgerichte zu Stettin soll das in der Frauenstraße sub No. 920 belegene, den Schneidermeister Johann Friedrich Spodtschen Eheleuten zugehörige, auf 5505 Thlr. abgeschätzte Haus nebst der dazu gehörigen halben Wiese, zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe,
am 8ten Mai 1849, Vormittags 10 Uhr,
vor dem Herrn Assessor von Loeper an ordentlicher Gerichtsstelle hieselbst subhastirt werden.

Verkäufe beweglicher Sachen.

Ein Posamentier-Repositorium und Ladentisch steht billig zum Verkauf Frauenstr. 911 b.

Spiel-Bälle

für Kinder, a Dutzend 2½ und 4 sgr., bei
L. Ziegenhagen,
am Fischmarkt No. 964.

Honig in Fässern und ausgewogen, beste Wachslichte, Gänseschmalz in Gläsern, Brabanter Sardellen, gute billige weiße und rothe Tisch- und Kochweine, Arrac und Rum in Gebinden und Flaschen offerirt
C. F. Busse,
Mittwochstraße am Mehlthor No. 1064.

Bestes buchen Holz

in großen Kloben offerirt, um bald damit zu räumen, zu billigem Preise A. F. Schumann.

Vermiethungen.

Junkerstraße No. 1116 ist eine Stube mit auch ohne Möbeln zum 1sten März zu vermiethen.

Ein Schmiedekeller ist zu vermiethen Heiligegeiststraße No. 334.

Eine Wohnung von vier Stuben, Alkoven, heller Küche und sonst nöthigem Zubehör im Hause gr. Oderstraße No. 17 ist zu Ostern a. c. zu vermiethen. In demselben Hause sind noch parterre und in anderen Etagen einzelne Zimmer sofort zur Vermiethung frei.

Gr. Wollweberstr. No. 566 ist die 4te Etage, bestehend aus 3 Stuben, Kabinet, heller Küche nebst Zubehör, zum 1sten April billig zu vermiethen.

Breitestraße No. 372 ist die 4te Etage zu Ostern d. J. zu vermiethen.

Grapengießerstraße No. 418 ist die dritte Etage zum 1sten April zu vermiethen.

Bollwerk 1093 ist ein Laden zum 1sten Mai d. J. zu vermiethen. Näheres beim Wirth, Neuetief 1065.

Dienst- und Beschäftigungs-Gesuche.

Ein junges Mädchen, mit guten Zeugnissen versehen, welches sich zu jedem Ladengeschäfte qualifizirt, sucht ein Unterkommen. Näheres zu erfragen gr. Wollweberstraße No. 576, zwei Treppen hoch.

Zur Erlernung der Oekonomie findet ein mit den nöthigen Vorkenntnissen versehener junger Mensch ein sofortiges Unterkommen. Das Nähere hierüber ertheilt auf portofreie Anfragen der Herr Bahnhofs-Inspektor Waldow zu Carolinenhorst.

Eine in ihrem Fache erfahrene Köchin wird zu Ostern verlangt, gr. Domstraße No. 797, eine Treppe hoch, rechts.

Eine Schweizerin, mit vorzüglichen Attesten versehen, sucht zum 1sten April a. c. eine Stelle als Bonne. Zu erfragen bei A. Bertin, Lehrer der fr. Sprache, Petrikirchenplatz No. 1182 a., parterre.

Tüchtige Wirthschafts-Inspektoren, Comptoiristen, Handlungs-Commis fürs en gros- und en detail-Geschäft kann ich bestens empfehlen und nachweisen. Auch wird ein Lehrling für Landwirthschaft sofort gesucht durch
C. F. W. Müller,
Heiligengeistthor No. 228.

Anzeigen vermischten Inhalts.

Meinen Leuten, die täglich mehrere Male zur Stadt kommen, ist es zur Pflicht gemacht, stets höflich gegen Jedermann aufzutreten und Bestellungen bescheiden und willig in Empfang zu nehmen; ich bitte das geehrte Publikum, und namentlich meine Herren Geschäftsfreunde, hierdurch ergebenst und recht dringend um gefällige Anzeige etwa vorkommender Unbescheidenheiten.
Carl Hirsch in Pommerensdorff.
Adr.: C. A. Schmidt in Stettin,
Königsstraße.

Meine Bockwindmühle von außergewöhnlicher Stärke und Dauerhaftigkeit will ich unter der Bedingung verkaufen, daß sie abgenommen und anderweitig versetzt wird.
Carl Hirsch,
Pommerensdorff bei Stettin.

Aus meiner bekannten Garderobe, die eine Reihe von Jahren besteht, empfehle ich gute Masken-Anzüge und Dominos in großer Auswahl zu allen Preisen.
P. Schulz, kl. Domstraße No. 687.

Ein brauner Hühnerhund mit weiß melirter Brust, auf den Namen Mielow hörend, ist mir abhänden gekommen, vor dessen Ankauf ich warne; derjenige, wer mir den Hund zustellt, erhält eine gute Belohnung. Ebenso ist mir ein kleiner weißer Spitzhund, auf den Namen Miranda hörend, abhänden gekommen; beide sind abzuliefern in der Hagenstraße No. 33, parterre.

Am Sonntage Sexages., den 11. Februar, werden in den hiesigen Kirchen predigen:

In der Schloß-Kirche:
Herr Prediger Palmié, um 8¾ U.
" Prediger Schiffmann, um 10½ U.
" Prediger Beerbaum, um 2 U.

In der Jakobi-Kirche:
Herr Pastor Schünemann, um 9 U.
" Prediger Fischer, um 1½ U.
Die Beicht-Andacht am Sonnabend um 1 Uhr hält Herr Pastor Schünemann.

In der Peters- und Pauls-Kirche:
Herr Prediger Hoffmann, um 9 U.
" Prediger Moll, um 2 U.
Die Beicht-Andacht am Sonnabend um 1 Uhr hält Herr Prediger Hoffmann.

In der Johannis-Kirche:
Herr Militair-Oberprediger v. Sydow, um 9 U.
" Pastor Teschendorff, um 10½ U.
" Prediger Budy, um 2½ U.
Die Beicht-Andacht am Sonnabend um 1 Uhr hält Herr Pastor Teschendorff.

In der Gertrud-Kirche:
Herr Prediger Jonas, um 9 U.
Herr Kandidat Collier, um 2 U.

Freie christliche (deutsch-katholische) Gemeinde.
In der Aula des Gymnasiums predigt am Sonntage, den 11. Februar, Vormittags 9 Uhr:
Herr Pfarrer Gentzel.

Evangelisch-lutherische Gemeinde.
In der Aula des Gymnasiums predigt am Sonntage Sexagesimae:
Herr Pastor Odebrecht, um 10½ U.
Derselbe, um 3 U.
Heute Freitag, in der Zeichnenklasse des Gymnasiums um 7 Uhr, Katechismuspredigt: Herr Pastor Odebrecht.

Am Sonntage predigt in der Baptisten-Gemeinde Vormittags um 9 Uhr und Nachmittags 4 Uhr, sowie Donnerstags Abends 8 Uhr:
Herr Missionar Gülzow.

In der hiesigen Synagoge predigt am Sonnabend den 10. Februar, Morgens 10½ Uhr:
Herr Rabbiner Dr. Meisel.